

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Christiane Köhler	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule
--------------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken
--------------------	--------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
------------------------	-------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Susanne Schönewolf	Diakonisches Werk
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes	SPD
----------------------	-----

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
--------------------	-----------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annelie Appelmann doMS e.V.
Herr Carl-Wilhelm Rößler auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 Sozialbestattungen, bereits in der letzten Sitzung auf der TO unter TOP 3.3 4130/2012

3.2 Städtische Liegenschaft Stresemannstr. 6 a in Köln-Porz-Finkenbergr - Vorlage 2592/2012
4493/2012

3.3 Beantwortung der Anfragen zu TOP 7.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren an das Jobcenter Köln
4670/2012

4 Mitteilungen

4.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010
3272/2012

4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011

Die Integrationsvereinbarung legt fest, dass jährlich im Rahmen eines Erfahrungsberichtes über die Umsetzung und Realisierung der Integrationsvereinbarung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Veragbe/Internationales berichtet wird.
4282/2012

4.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"
4457/2012

4.4 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln
4487/2012

5 Wohnen

5.1 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln
4598/2012

5.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Modul II: Diskussionspapier zu den Zielen und Leitlinien der zukünftigen Kölner Wohnungspolitik im Wohnungsbauforum erörtert
0007/2013

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
4663/2012

6.2 MÜHLHEIM 2020, Fördermittelentwicklung für das Projekt "Büro Wirtschaft für Mülheim"
0072/2013

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln
4647/2012

7.2 Anfragen

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2013
4628/2012

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Sozialbestattungen, Anfrage der FDP Fraktion
AN/0037/2013

10.2.2 Flexible Hilfsangebote in den Stadtteilen statt Pflegeheim-Aufnahmen, Gemeinsame Anfrage der SPD Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen
AN/0072/2013

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14.1 Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gem. Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren vom 25.10.2012 zur Vorlage 2854/2012 - Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
4635/2012

15 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 Sozialbestattungen, bereits in der letzten Sitzung auf der TO unter TOP 3.3 4130/2012**

Frau Hoyer möchte das Thema in der nächsten Sitzung umfassend diskutieren, da die Beantwortung der aktuellen Anfrage noch ausstehe.

Frau Schmerbach fragt, was das „Basispaket“ bei einer Sozialbestattung sei.

Herr Helling antwortet, dass dies die preiswerteste Bestattung sei. Leider sei diese Bestattung nicht immer würdevoll. Der entsprechende Fachausschuss und der Rat der Stadt Köln habe sich immer dafür eingesetzt, dass Verstorbene, die eine Sozialbestattung erhalten, würdig beerdigt werden. Er fragt, wie die Ausgabenhöhe von 2,1 Mio. Euro für das Jahr 2011 zustande komme. In dem Jahr 2011 seien 1291 bewilligte Fälle verzeichnet. Bei einem Pauschalpreis von 1465,- Euro je Bestattung würde dies eine Ausgabenhöhe von ca. 1,8 Mio. Euro bedeuten.

Herr Santelmann antwortet, dass zusätzliche Einzelposten den Betrag auf 2,1 Mio. erhöht hätten.

Herr Klein fragt, wie hoch die Ablehnungsquote bei den Sozialbestattungen sei. Zusätzlich fragt er nach den Gründen für eine Ablehnung.

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltung die Fragen schriftlich beantworten werde.

Frau Hoyer spricht sich ebenfalls für eine würdige Bestattung aus.

- 3.2 Städtische Liegenschaft Stresemannstr. 6 a in Köln-Porz-Finkenbergr - Vorlage 2592/2012 4493/2012**

Die Beantwortung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

- 3.3 Beantwortung der Anfragen zu TOP 7.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren an das Jobcenter Köln 4670/2012**

Herr Dr. Schulz dankt für die vorliegende Beantwortung. Er bemerkt, dass die Quote der Mitarbeiter/innen, welche befristet im Jobcenter Köln beschäftigt waren im vergangenen Jahr gestiegen sei. Er regt an, die Quote von befristeten Arbeitsverträgen wieder zu senken und mehr unbefristete Arbeitsstellen zu schaffen.

Er fragt,

- ob dauerhaft noch Mitarbeiter/innen des Jobcenters bei dem Dienstleister Vivento beschäftigt seien und wie die diesbezügliche Vertragsgestaltung aussehe,
- ob Mitarbeiter/innen mit befristeten Arbeitsverträgen übernommen würden,
- ob es Mitarbeiter/innen gebe, die in Teilzeit arbeiten und deshalb aufstockende Leistungen erhalten würden.

Frau Stahlhofen äußert sich zufrieden über die vorliegende Beantwortung. Sie fragt, wie hoch die verhängten Sanktionen (es gibt die Staffelung von 10 bis 100 % Kürzungsquote) waren und bittet um detaillierte Aufstellung der einzelnen Sanktionen und ihrer Länge. Zusätzlich würde sie gerne wissen, wie viele Widersprüche eingelegt worden wären und wie hoch die Erfolgsquote dabei sei.

Frau Gärtner stellt fest, dass das Jobcenter bei befristeten Arbeitsverträgen seine Aufgaben im gesetzlichen Rahmen erfülle.

Herr Klein fragt, wie hoch die Quote bei Anhörungen nach § 24 und die Sanktionsquote seien.

Herr Kulozik antwortet, dass die Steigerung der Quote bei befristeten Arbeitsverhältnissen dem Umstand geschuldet sei, dass das Jobcenter größer geworden sei.

Den Mitarbeiter/innen, die bei Vivento angestellt seien, werde die Möglichkeit eingeräumt, zum Jobcenter zu wechseln.

Das Jobcenter versuche, befristete Arbeitsverträge durch unbefristete Arbeitsverträge zu ersetzen. Dies gelinge leider nicht in vollem Umfang. Dadurch entstehe eine ungewollte Fluktuation von Mitarbeiter/innen im Jobcenter. Das Jobcenter initiiere Projekte, in denen die Mitarbeiter/innen schnell einen Anschluss-Job erhalten.

Es gebe Mitarbeiter/innen in Teilzeit, welche aufstockende Leistungen erhalten, um den Lebensunterhalt zu sichern.

Die Sanktionsquote erziele keine größeren Einsparungen.

Eine gesetzliche Anhörung finde grundsätzlich statt. Die Widerspruchsstatistik werde in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Frau Hoyer fragt, wie hoch die Sanktionsquote sei.

Frau Hollmann fragt, wer die rechtlichen Vorgaben bei der Befristung von Arbeitsverträgen mache.

Herr Kulozik antwortet, dass die Sanktionsquote bei 2,2% liege. Die Hauptaufgabe des Jobcenters sei, Menschen in Arbeit zu bringen. Die Mehrzahl der Kunden verhalte sich regelkonform. Über die Art und den genauen Umfang der Sanktionen werde er den Ausschuss Soziales und Senioren schriftlich informieren.

Die Träger des Jobcenters Köln dürfen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz nur befristete Arbeitsverträge mit einer Maximallaufzeit von bis zu zwei Jahren abschließen. Jede Vertragsverlängerung, innerhalb dieser zwei Jahre, muss eine Mindestlaufzeit von 6 Monaten beinhalten. Eine anschließende Verlängerung des Arbeitsvertrages, über die zwei Jahre hinaus, erwirke einen Anspruch auf einen unbefristeten Ver-

trag und sei deshalb nicht möglich. Der Anspruch des Jobcenters sei, dauerhaft mehr unbefristete Arbeitsverträge abzuschließen.

Herr Klein fragt, ob bei Widersprüchen gegen Sanktionen immer eine Anhörung durchgeführt werde.

Herr Kulozik beantwortet die Frage von Herrn Klein zur nächsten Sitzung.

Frau Gärtner fragt, ob das Jobcenter flankierende Hilfen für größere Familien (z.B. Kinderbetreuung) anbiete.

Herr Kulozik antwortet, dass es Ansätze und Projekte in dieser Richtung gebe.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen

4.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010 3272/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wie die Finanzierung des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés sichergestellt sei.

Frau Reker antwortet, dass im Jahr 2010 die Anträge zur Finanzierung gestellt und abgelehnt wurden. Im Jahr 2011 wurden 15.000,- Euro für das Projekt bewilligt.

Frau Gärtner regt an, dass die Berichte aus 2010 irgendwann mit einem Schlussergebnis versehen und dann auch abgeschlossen werden sollten.

Frau Reker antwortet, dass sie die Anregung aufnehme.

Frau Wilden regt an, dass im Erzählcafé auch Projekte über die Opfer des Stalinismus initiiert werden sollen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert Frau Wilden daran, dass der Verein gemäß seiner Satzung arbeite.

Frau Hoyer fragt, wie hoch die finanziellen Kürzungen für den Engelshof und die anderen Bürgerhäuser seien.

Herr Helling merkt an, dass für den Engelshof keine Kürzungen vorgesehen seien. Der Sachstand bei den anderen Bürgerhäusern sei, dass bei allen Bürgerhäusern ein einheitlicher Geldbetrag gekürzt werden solle, dies würde bedeuten, dass unterschiedliche Kürzungsquoten (in Prozent) für die Bürgerhäuser anfallen.

Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Herr Helling fragt, nach der Finanzierung des „Runden Tisches Buchforst“ für 2013/2014.

Herr Santelmann antwortet, dass finanzielle Mittel im Haushaltsplanentwurf vorgesehen seien.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011

Die Integrationsvereinbarung legt fest, dass jährlich im Rahmen eines Erfahrungsberichtes über die Umsetzung und Realisierung der Integrati-

**onsvereinbarung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Veragbe/Internationales berichtet wird.
4282/2012**

Frau Lerchner fragt;

- wie die finanziellen Mittel bei den 32 Fällen zur Eignungsprüfung für behinderte Bewerber verwendet wurden,
- warum die Aufträge an die Behindertenwerkstätten zurückgegangen seien,
- und was mit den 10 schwerbehinderten Auszubildenden passiert sei, die in dem Ausbildungsjahr 2011-2012 eingestellt worden seien.

Frau Oswald antwortet, dass

- dass die Stadt Köln mit anderen ortsnahen Kommunen einen Verein gegründet habe. Dieser Verein führe die Eignungstests bei den behinderten Bewerbern durch. Dieser Verein entwickelte neue Testverfahren. Die Kosten für diese Testverfahren wurden auf die Kommunen (auch Stadt Köln) umgelegt. Es wurde zum Beispiel ein Gerät entwickelt um Blinde und Sehbehinderte zu testen,
- für den Auftragsrückgang bei den Behindertenwerkstätten gebe es keinen besonderen Grund. Es falle unterschiedlich viel Arbeit (z.B. bei der Digitalisierung) an,
- es könne sich um eine normale Fluktuation handeln. Die genaue Antwort werde dem Ausschuss schriftlich mitgeteilt.

Frau Schmerbach fragt,

- warum es zeitlich so lange dauere, bis die finanziellen Mittel verausgabt werden,
- warum einige Maßnahmen nicht abgeschlossen seien.

Frau Oswald antwortet, dass

- alle Arbeitgeber in NRW können Anträge stellen. Dieser gesamte Prozess könne sehr langwierig sein,
- Manche Projekte werden schnell beschlossen, seien in der Umsetzung aber sehr langwierig.

Frau Schmerbach fragt, wie hoch die finanziellen Zuschüsse für Unterstützungsmaßnahmen zur Arbeitsintegration für Menschen mit Behinderung aus dem Landschaftsverband seien.

Frau Oswald antwortet, dass der Landschaftsverband 80% der Zuschüsse aufbringe. Die restlichen 20% würden von der Stadt Köln getragen.

Herr Helling fragt, welche Behindertenwerkstätten Aufträge von der Stadt Köln erhalten würden und ob die private Wirtschaft ebenfalls Aufträge an die Behindertenwerkstätten erteile.

Frau Oswald sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Ladenberger merkt an, dass man mit der Anzahl der Neueinstellungen von schwerbehinderten Menschen bei der Stadt Köln nicht zufrieden sein könne. Er fragt, was die Stadt Köln unternehme, um die Anzahl der Einstellungen von Schwerbehinderten Menschen zu erhöhen.

Frau Oswald antwortet, dass die Stadt Köln, -Schwerbehinderte-, bei gleicher Eignung-, bei der Einstellung bevorzugt berücksichtigen würde. In der Altersgruppe zwischen 17 – 25 Jahre gebe es allerdings auch wenig Bewerber, die schwerbehindert seien. Der größte Teil der Menschen erlange erst über die Lebensbiographie, also im Laufe ihres Lebens eine Schwerbehinderung.

Herr Ladenberger merkt an, dass die absolute Zahl von behinderten Menschen in der genannten Altersgruppe nicht so gering sei, wie von Frau Oswald vermutet. Allerdings würden viele dieser Menschen in den Behindertenwerkstätten arbeiten.

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass die Stadt Köln nichts Besonderes unternehme, um die Beschäftigungsquote bei behinderten Menschen zu erfüllen bzw. über zu erfüllen.

Die Ausbildungsquote im gewerblichen Bereich sei ebenfalls extrem gering. Auch behinderte Menschen können körperlich leistungsfähig sein. Der vorliegende Bericht werde der besonderen Situation der betroffenen Menschen nicht gerecht.

Frau Oswald antwortet, dass es sich um einen Erfahrungsbericht handeln würde, in dem statistische Werte erhoben und verglichen wurden.

Frau Gärtner betont für die CDU Fraktion, dass sie das vorliegende Ergebnis für sehr unbefriedigend halte. Die Stadt Köln müsse aktiv Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen.

Frau Oswald antwortet, dass die Stadt Köln in Kooperation mit dem Jobcenter und der Behindertenbeauftragten sich sehr um die Einstellung schwerbehinderter Menschen engagiere. Die entsprechenden Projekte werde sie schriftlich nachreichen.

Frau Hollmann fragt, ob es zu dieser Thematik ein schriftliches Konzept der Stadt Köln gebe.

Frau Oswald antwortet, dass es kein schriftliches Konzept von der Stadt Köln gebe.

Herr Dr. Unna wirbt für eine Ausbildungskampagne, bei der gezielt schwerbehinderte Bewerber angesprochen werden sollen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst die Diskussion zusammen. Er dankt für den vorliegenden Bericht. Die Umsetzung bei der Einstellung, Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen kann und muss besser werden. Er fordert alle Parteien und Entscheidungsträger auf, sich gemeinsam für dieses Ziel einzusetzen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013" 4457/2012

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.4 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln 4487/2012

Frau Brauckmann äußert sich enttäuscht, dass zur heutigen Sitzung kein Konzept vorgelegt wurde. In der Stadt AG LST werde die mögliche Schließung des LST Referates und Eingliederung in ein Diversity Management kritisch verfolgt. Ihr sei es wichtig, dass das LST Referat gemäß dem bestehenden Ratsbeschluss personell aufgestockt werde, damit die LST Interessen nicht in einem Diversity Management verloren gehen.

Herr Helling erinnert ebenfalls an die Umsetzung des Ratsbeschlusses zum LST Referat. Er fragt, warum die Sozialdezernentin nicht die Federführung bei der Diversity Konzepterstellung habe. Er befürchte, dass die Rechte des Ausschusses Soziales und Senioren beschnitten werden könnten, wenn andere Dezernate die Federführung bei den Themen Behindertenbeauftragte, LST Referat und Interkulturelles übernehmen, obwohl diese Themen dem Dezernat V zugeordnet seien.

Frau Reker antwortet, dass man zwischen Erstellung eines Diversity Konzeptes und einer Dienststelle Diversity Management unterscheiden müsse. Die Erstellung eines Diversity Konzeptes sei eine gesamtstädtische Aufgabe. Es solle auch eine Haltung beschrieben werden, welche die Vielfalt als Chance erkenne.

Eine Dienststelle Diversity Management einzurichten, sei vorrangig eine organisatorische. Deshalb sei hier Dez. I zuständig. Es finde aber ein regelmäßiger Abstimmungsprozess mit dem Dez. V statt, so dass sie zuversichtlich sei, dass es zu einer tragfähigen Einigung komme.

Herr Ladenberger gibt zu bedenken, dass es bei einem Diversity Management nicht nur um finanzielle Synergien gehen solle. Das Büro der Behindertenbeauftragten erfülle die zugewiesenen Aufgaben und alle seien mit der Arbeit dieses Büros sehr zufrieden. So eine Dienststelle solle nicht einfach aufgelöst werden.

Herr Helling fragt, wo die Kölner Behindertenpolitik stehen würde, wenn es dieses Büro der Behindertenbeauftragten nicht geben würde. Er erwarte von einer Umorganisation, dass gute Standards erhalten blieben und andere optimiert würden. Es dürfe aber zu keiner Verschlechterung in diesen Bereichen kommen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold regt an, die weitere Diskussion zu führen, wenn das Diversity Konzept vorlege.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln 4598/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt kritisch an, dass die Anzahl der geförderten Mietwohnungen für Menschen mit Behinderung rückläufig seien.

Frau Gärtner empfindet es als sehr beschämendes Ergebnis, dass so wenig neuer Wohnraum geschaffen wurde. Sie sagt, dass weitere Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Bürokratisierung bei dem Wohnungsbauverfahren, sei für Investoren ebenfalls ein weiteres Hemmnis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bemerkt, dass nicht alle zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel abgerufen wurden.

Herr Helling stellt fest, dass die vorliegenden Zahlen eine Katastrophe für die Wohnungspolitik der Stadt Köln seien. Mit den bisherigen Maßnahmen und Instrumenten komme man nicht weiter. Er weist auf das neue Instrument „kooperatives Bauland-Modell“ hin. Ein entsprechender Antrag auf Erarbeitung eines Konzeptes für Köln wurde aktuell vom Rat beschlossen. Dieses Instrument stelle sicher, dass auch bei größeren Bauvorhaben ein bestimmter Anteil öffentlich geförderter Wohnungsbau realisiert werde.

Frau Hoyer lehnt dieses neue Instrument ab. Sie fragt, wie die Wohnungsbauförderung anders gestaltet werden könne. Sie appelliert an eine fraktionsübergreifende Anstrengung.

Herr Dr. Schulz merkt an, dass im Düsseldorfer Landtag bereits für so eine Anstrengung geworben werde. Er weist daraufhin, dass die Investoren höhere Mieteinkünfte erwartet hätten. Auch er spricht sich dafür aus, dass weitere Grundstücke für den Sozialen Wohnungsbau erschlossen werden.

Frau Dr. Köhler sieht erhebliche bürokratische Hürden bei der Antragsstellung der Bauanträge.

Frau Stahlhofen fragt, ob andere Städte auch ähnliche Konzepte hätten und man diese in Köln übernehmen könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung an, die Prozesse und Konzepte in Köln und für Köln weiter zu optimieren, da Köln auch eine einzigartige Ausgangslage habe.

Frau Dr. Köhler fragt, wie hoch die Anzahl der Anträge war, und was die Gründe für eine Ablehnung seien.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

5.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Modul II: Diskussionspapier zu den Zielen und Leitlinien der zukünftigen Kölner Wohnungspolitik im Wohnungsbauforum erörtert 0007/2013

Frau Gärtner möchte sich in Zukunft im Ausschuss Soziales und Senioren intensiver mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen befassen. Ihr seien die Ziele und Leitlinien noch zu allgemein formuliert. Das Konzept müsse fortentwickelt werden.

Frau Schmerbach empfindet die vorliegende Mitteilung als gutes Raster, um weiter an dem Konzept zu arbeiten. Sie hoffe auf differenziertere Aussagen bezüglich neuer Wohnformen wie z.B. dem Mehrgenerationenwohnen.

Herr Helling vertritt die Meinung, dass die Mitteilung sehr wohl konkrete Zielvorgaben enthielte. Er hebt lobend hervor, dass das Stadtentwicklungskonzept Wohnen das Ergebnis eines partizipativen Prozesses sei, an dem Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft und Sparkassen teilgenommen haben. Es müsse aber jetzt an einigen Stellen weiter ausformuliert werden. Er hätte es begrüßt, wenn die in der Mitteilung erwähnte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsgesellschaften bereits

in das Ziele- und Leitlinienpapier eingeflossen wäre. Er hält es für geboten, dass der kommunikative Austausch mit der Wohnungswirtschaft weiter intensiviert werde.

Frau Dr. Köhler hält die vorliegende Mitteilung für zu allgemein. Ihr fehle die spezielle Auflistung für die älter werdende Bevölkerung.

Herr Dr. Höhmann erläutert die vorliegende Mitteilung. Bei dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen werden zurzeit von der Verwaltung zusammen mit dem Gutachterbüro aus den übergeordneten Zielen und Leitlinien konkrete Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen ausformuliert, die dann in einer abschließenden Bewertung ggf. noch einmal zu einer Neuformulierung der Zielzahlen führen können. In den Handlungsfeldern werden gegenüber den Leitlinien differenziertere Aussagen bezüglich der einzelnen Wohnungsmarktsegmente, Nachfragegruppen sowie insbesondere auch zum Umgang mit dem Wohnungsbestand enthalten sein. So werden u. a. auch Empfehlungen gegeben, wie der zu TOP 5.1 angesprochene tatsächliche oder empfundene „Behördenschungel“ für bauwillige Investoren transparenter gestaltet werden könne. Die ausformulierten Handlungsvorschläge werden in einem weiteren Workshopverfahren abermals mit Vertretern der Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik sowie im Kölner Wohnungsbauforum diskutiert. Nur so könne sicher gestellt werden, dass das anschließend dem Rat zum Beschluss vor zu legende Konzept auch realistische Ziele und wirksame Maßnahmen zu deren Erreichung enthalte.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung um eine regelmäßige Berichterstattung.

Die Verwaltung sagt eine regelmäßige Berichterstattung zu.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020 4663/2012

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6.2 MÜHLHEIM 2020, Fördermittelentwicklung für das Projekt "Büro Wirtschaft für Mülheim" 0072/2013

Frau Schmerbach bedauert, dass das Projekt „Büro Wirtschaft für Mülheim“ „gestorben“ sei.

Frau Schlich klärt auf, dass der nach Auswertung aller Angebote eingereichte Vergabevorschlag sowohl vom Vergabeamt als auch vom Rechnungs-, Prüfungsamt bestätigt wurde. Die Auftragsaufgabe erfolgt voraussichtlich zum 15.02.2013. Das Projekt wird also in Kürze beginnen können.

Herr Helling fragt, wie das Büro weitergeführt werden könne ohne dass ein finanzieller Schaden für die Stadt Köln entstehe.

Frau Schlich weist auf die vorliegende Mitteilung hin.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 4647/2012

Frau Gärtner dankt für den vorliegenden Bericht. Sie äußert sich positiv, dass mehr Eintritte in Maßnahmen als letztes Jahr zu verzeichnen seien. Sie fragt, woran es liege, dass bei jüngeren Menschen Rückgänge bei den Maßnahmen zu verzeichnen seien.

Herr Kulozik antwortet, dass gerade die jungen Menschen eine wichtige Zielgruppe bei den Maßnahmen des Jobcenters bleibe und diese weiterhin Berücksichtigung im neuen Arbeitsmarkt und Integrationsprogramm 2013 finde. Lediglich die Systematik der Eintritte in Maßnahmen habe sich geändert, so dass die Maßnahmen für junge Menschen nun auch unter dem Punkt „Vermittlung, Aktivierung und berufliche Eingliederung“ (siehe AMIP S. 15) abgebildet werden.

Frau Hoyer fragt wie die Wirkung der durchgeführten Maßnahmen sei.

Herr Kulozik antwortet, dass die Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen enorm wichtig sei. Zur nächsten Sitzung möchte er ein Beispiel zur Wirkungsanalyse vorstellen.

Herr Helling würdigt den gesamten Bericht. Er fragt, mit welchen Maßnahmen Menschen noch besser an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können.

Herr Kersjes nimmt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2013 zum Anlass, um auf die Situation langzeitarbeitsloser Menschen aufmerksam zu machen. Dem AMIP ist zu entnehmen, dass sich 20,7% aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vier Jahre und länger im Leistungsbezug befinden. 71% aller arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten besitzen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Angesichts dieser Zahlen regt er an, eine sozialpolitische Grundsatzdiskussion zur Langzeitarbeitslosigkeit in Köln zu führen. Dabei sollte die aktuelle Situation mit der vor der Arbeitsmarktreform in 2004 mit der Zusammenführung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe ab 01.01.2005 verglichen werden. Die Wirkung der Reformen auf den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit sollte kommunalpolitisch bewertet werden, insbesondere auf dem Hintergrund des Verwaltungsvorschlages zum Doppelhaushalt 2013/2014, 1,3 Mio. Euro zur psychosozialen Betreuung bei den kommunalflankierenden Leistungen einzusparen. Angesichts rückläufiger Mittel im Eingliederungstitel ist festzustellen, wie sich die Chancen von Langzeitarbeitslosen entwickelt haben, zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Herr Kersjes fragt, wie hoch der EGT für 2013 ist.

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass sich an der schlechten Stellung der Langzeitarbeitslosen nichts geändert habe. Er kritisiert die geringere Zuweisung finanzieller Mittel. Dies wäre ein weiterer Rückschritt bei den Möglichkeiten die Situation von Langzeitarbeitslosen zu verbessern. Er würde es begrüßen, wenn mehr Arbeitslose an technische Berufe des Handwerks herangeführt würden. Er regt eine Diskussion an, ob die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auch richtig und zielgerichtet ausgegeben werden.

Herr Kulozik antwortet, dass für das Jahr 2013 ca. 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen würden. Dies bedeute zum wiederholten Mal einen drastischen Rückgang der Mittelzuweisung. Die Folgen sollten eine politische Herausforderung und Diskussion in der

Politik sein, wie mit knapperen Ressourcen umgegangen werde. Für ihn sei nachhaltiges Handeln wichtig. Die finanziellen Mittel wurden im vergangenen Jahr zu 98,5% ausgeschöpft. Der Durchschnitt der Jobcenter liege in NRW bei 94% Mittelausschöpfung. Jobcenter im Bundesgebiet von vergleichbaren Städten haben die Mittel nur zu 91% ausgeschöpft. Die weiteren Fragen werden schriftlich beantwortet.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7.2 Anfragen

Frau Stahlhofen fragt, wie mit den Mitarbeiter/innen der Kindergeldstellen (incl. Abt. Kinder- und Familienzuschläge), die bisher eine Planstelle hatten und durch die Zusammenlegung (Umland Köln wird seit dem 01.01.2013 von Köln verwaltet) auf NN gesetzt wurden, verfahren werde.

Herr Kulozik antwortet, dass diese Anfrage an die Agentur für Arbeit gestellt werden müsse.

Herr Santelmann bietet an, diese Frage weiterzuleiten.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2013 4628/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold, begrüßt die sehr gute Durchführung der Veranstaltung „Alles inklusive! – Wir sind auf dem Weg.“

Frau Schmerbach regt an, noch mehr Besucher für diese Veranstaltung zu gewinnen.

Herr Ladenberger weist auf das schlechte Wetter am Veranstaltungstag hin, welches eine höhere Teilnehmerzahl verhindert hätte.

Er äußert sich sehr lobend über den anstehenden Plakatwettbewerb zur UN-Behindertenrechtskonvention. Mit der Gold-Krämer-Stiftung habe man einen sehr kompetenten Kooperationspartner für diesen Wettbewerb gewinnen können.

Frau Reinecke möchte durch dieses Projekt den Gedanken der Inklusion der gesamten Kölner Bevölkerung zugänglich machen. Sie möchte auf Werbeflächen der Stadt Köln für alle Menschen diesen Plakatwettbewerb sichtbar machen. Sie dankt der Gold-Krämer-Stiftung für die gute Zusammenarbeit.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.2 Aktuelle Anfragen

**10.2.1 Sozialbestattungen, Anfrage der FDP Fraktion
AN/0037/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit dem Tagesordnungspunkt 3.1 beantwortet.

**10.2.2 Flexible Hilfsangebote in den Stadtteilen statt Pflegeheim-Aufnahmen,
Gemeinsame Anfrage der SPD Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen
AN/0072/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung geschoben.

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

**14.1 Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gem.
Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren vom 25.10.2012 zur
Vorlage 2854/2012 - Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinder-
tenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäfti-
gung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
4635/2012**

Herr Ladenberger stellt fest, dass sich die Stadt AG Behindertenpolitik nicht der Vorlage angeschlossen habe. Der Ausschuss AVR dagegen schon. Dies sei eine ungewöhnliche Situation.

Herr Helling appelliert an die Politik diesen Widerspruch zwischen Stadt AG und AVR aufzulösen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, fraktionsübergreifend diesen Widerspruch aufzulösen.

Frau Hoyer weist daraufhin, dass dies zuerst fraktionsintern diskutiert werden müsse. Sie regt an, die Mitteilung des Ausschusses Soziales und Senioren dem AVR zukommen zu lassen.

Frau Schmerbach regt ein Gespräch zwischen der SPD Fraktion, Herr Ladenberger und der Stadt AG Behindertenpolitik an.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass zuerst eine fraktionsinterne Diskussion geführt werden solle und sich im Anschluss die sozialpolitischen Sprecher zu einem gemeinsamen Vorgehen beraten.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

15 Anfragen

Frau Hollmann bittet darum, die genauen Beträge der Ausgleichsabgabe, welche die stadtnahen Gesellschaften bezahlen müssen, zu ermitteln und dem Ausschuss Soziales und Senioren vorzulegen.

Herr Helling fragt, wann die Satzung zur Wohnraumzweckentfremdung dem Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt werde.

Frau Reker antwortet, dass mit Nachdruck an der Satzung gearbeitet werde. Den genauen Termin für die Präsentation könne sie aber nicht nennen.

Frau Stahlhofen fragt, wie die Veranstaltung in Godorf zu dem Thema „Flüchtlingsheim“, verlaufen sei.

Frau Reker antwortet, dass zwei neue Heime zur Unterbringung von Flüchtlingen errichtet werden sollen. Die Verwaltung möchte die Nachbarschaft bei diesem Projekt frühzeitig informieren und an dem Projekt beteiligen. Da der Veranstaltungsraum in Godorf nicht alle Besucher aufnehmen konnte musste die Veranstaltung frühzeitig abgebrochen werden. Es wurde eine Einigung über den Abbruch erzielt. Der neue Veranstaltungstermin ist der 30.01.2013. Die Öffentlichkeit werde rechtzeitig zu dem Termin eingeladen. Das Ziel sei, die Bürgerinnen und Bürger umfangreich zu informieren und um ihr Verständnis zu werben. Es müsse aber auch klar gemacht werden, dass bestehende Ratsbeschlüsse nicht gekippt werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht für die Veranstaltung ein gutes Gelingen.

Paetzold (Vorsitzender)

Becker (Schriftführer)